

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 24. Februar 2016

Nr. 04/16

INNENPOLITIK

Flüchtlingsfrage: Österreich setzt Maßnahmen
Auftakt zu den Präsidentschaftswahlen
Regierung debattiert Indexierung der Familienbeihilfe
Bund erfüllt Vorgaben
Eine Milliarde für Autobahn- und Schnellstraßenausbau

EUROPA ■ INTERNATIONAL

Außenminister Kurz bereiste sechs Balkanstaaten
Außenminister Kurz in Indien
Bundeskanzler Faymann in Rom
Bundeskanzler Faymann am EU-Gipfel
Präsident Sri Lankas in Österreich

WIRTSCHAFT

Energiesparen in Betrieben zahlt sich aus
Iran: Exportgarantien des Bundes wieder möglich
Christoph Badelt übernimmt Leitung des Wirtschaftsforschungsinstituts
Betriebsgründungen: Nur zwei EU-Länder billiger als Österreich
Zinsen für Bundesanleihen auf neuem Rekordtief

BILDUNG ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT

Strategieprozess „Zukunft Hochschule“
Bildungsministerin: PISA-Ergebnisse bestätigen Konzept der Ganztagschule
Österreichischer Energieforscher erhält Ehrung von US-Präsident Obama
Startschuss für Online-Konsultation für die „Digital Roadmap Austria“

KULTUR

Graz: Filmfestival Diagonale 2016
Graz: Universalmuseum Joanneum wird 2016 tierisch
Frühling in der Albertina
„Vertriebene und Verbliebene erzählen“ im Volkskundemuseum Wien
Volks theater verzichtet auf Uraufführung von Amirs „Homohalal“
Protestsongcontest 2016
Deutscher Kleinkunstpreis: Science Busters und Thomas Maurer geehrt
Veranstaltungshinweise

UMWELT ■ NACHHALTIGKEIT ■ TOURISMUS

Wifo-Studie stellt „umweltschädliche“ Förderungen fest
ESA schickte dritten Umwelt-Wächter ins All
Österreich beansprucht Ungarns AKW-Pläne wegen staatlicher Beihilfe

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens t. 1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion:
Dr. Helmut Wohnout, Tel. ++43/1/53115-204154, Fax ++43/1/53115-204283, e-mail: helmut.wohnout@bka.gv.at; Versand: Ab-
teilung VII/3, Renate Gaida, Tel. ++43/1/53115-202613, Fax ++43/1/53109-202613, e-mail: renate.gaida@bka.gv.at;
<http://www.bundeskanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens t-Wien.

INNENPOLITIK

Flüchtlingsfrage: Österreich setzt Maßnahmen

Wie von der Regierung angekündigt, gelten seit dem 19. Februar in Österreich eine tägliche Höchstgrenze für die Ein- und Weiterreise von 3.200 Flüchtlingen bzw. von 80 Asylanträgen. Auf die Kritik aus Deutschland angesprochen, reagierte Innenministerin Mikl-Leitner umgehend. Sollte Deutschland wünschen, dass Österreich weniger als die derzeit festgelegten 3.200 Flüchtlinge ins Nachbarland durchlässt, möge man das sagen, erklärte sie. Österreich sei dann „gerne gesprächsbereit“. Dass Österreich selbst das Tageslimit von 80 Asylanträgen aufstocken könnte, schloss Mikl-Leitner aus: „Das ist nicht denkbar.“ Vielmehr könnte es notwendig werden, weitere Schritte zu setzen und das Limit angesichts der jährlichen Obergrenze von 37.500 Anträgen noch einmal zu reduzieren, betonte die Innenministerin. In den ersten Tagen seit der Einführung der Obergrenzen wurden diese nicht erreicht.

Auftakt zu den Präsidentschaftswahlen

Seit 23. März können österreichweit Unterstützungserklärungen für eine Kandidatur zu den Bundespräsidentschaftswahlen gesammelt werden. Zumindest 6.000 beglaubigte Unterschriften sind für diese Wahl, die am 24. April stattfinden wird, notwendig. Im Vorfeld einigten sich die meisten Bewerber, respektive die sie unterstützenden Parteien, auf ein umfangreiches Fairnessabkommen.

Die FPÖ unterzeichnete das Abkommen nicht. Keine Einigung konnte auch über eine Begrenzung der Wahlkampfkosten erzielt werden. Damit gilt automatisch die gesetzliche Obergrenze von maximal 7 Mio. Euro. Man kam überein, dass es Plakate an fixen Plätzen sowie Inserate erst ab dem 28. März geben soll.

Regierung debattiert Indexierung der Familienbeihilfe

Gleichsam im Schatten der Diskussion um eine Begrenzung der Sozialleistungen für Migranten in Großbritannien positionierten sich auch die Regierungsparteien in Österreich erneut zu diesem Thema, über das hier schon seit Längerem diskutiert wird. Kanzleramtsminister Ostermayer stellte klar: „Im Beschluss der Staats- und Regierungschefs des Europäischen Rates ist festgelegt, wie die weitere Vorgangsweise im Umgang mit den gestern getroffenen Entscheidungen abzulaufen hat“. Nach dem britischen Referendum über einen Verbleib in der Union am 23. Juni, werde

Großbritannien seine Entscheidung der Europäischen Kommission mitteilen. „Wenn diese Mitteilung positiv ausfällt, wird die Europäische Kommission die vereinbarten Vorschläge zur Änderung des Sekundärrechts der EU vorlegen. Wenn sich Großbritannien gegen einen Verbleib in der Union ausspricht, gibt es keine Vorschläge der Kommission, weil dann das Paket nicht kommt.“ Durch diese Vorgangsweise sei geklärt, dass Österreich genau prüfen könne, welche Schritte und Maßnahmen aus dem Paket in Österreich angewendet werden können und für welche Bereiche man die nötigen Schritte einleite. Ebenfalls sei in den Abschlussdokumenten bereits festgehalten, wie eine Indexierung der Familienbeihilfe vorzunehmen sei. Sobald Großbritannien sich für den Verbleib entschieden und die Kommission die nötigen Sekundärrechtsänderungen vorgeschlagen habe und diese beschlossen und in Kraft getreten seien, könnten Mitgliedsstaaten agieren. Gleichzeitig wurde auch festgehalten, dass die Kommission nicht beabsichtige, einen Vorschlag vorzulegen, der eine Indexierung auf andere exportfähige Leistungen vorsehe.

Bund erfüllt Vorgaben

Der Ministerrat nahm am 16. Februar den Bericht „Bedienstete im Bund mit Behinderung“ zur Kenntnis. Demnach kam der Bund auch zuletzt wieder seiner gesetzlichen Einstellungsverpflichtung nach. Insgesamt ist die Zahl von Menschen mit Behinderung im Bundesdienst (Stichtag 1. April 2007) von 4.180 Personen um 175 Personen auf 4.355 Personen (Stichtag Oktober 2015) gestiegen.

Eine Milliarde für Autobahn- und Schnellstraßenausbau

Rund eine Milliarde Euro wird die staatliche ASFINAG heuer in das heimische Hochleistungsnetz investieren. Davon gehen 520 Millionen Euro in den Neubau von Strecken und zweiten Tunnelröhren, 470 Millionen Euro fließen in die Erneuerung bestehender Straßen und Tunnels. „Damit stärken wir die Bauwirtschaft und sorgen dafür, dass die Österreicherinnen und Österreicher bequem, zügig und sicher an ihr Ziel kommen. Die ASFINAG baut im öffentlichen Auftrag das, was Industriestandort und Bevölkerung brauchen. Das Unternehmen steht finanziell auf gesunden Beinen und ist ein Vorzeigebispiel dafür, wie die öffentliche Hand leistungsfähige Netze zur Verfügung stellen kann“, so Infrastrukturminister Gerald Klug im Rahmen der Pressekonferenz.

EUROPA ■ INTERNATIONAL**Außenminister Kurz bereiste sechs Balkanstaaten**

Außenminister Sebastian Kurz besuchte vom 8. bis 12. Februar sechs Balkanstaaten um die aktuelle Flüchtlingsfrage zu erörtern. Zudem besprach er mit seinen Amtskollegen den Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und die EU-Beitrittsambitionen dieser Staaten. Intensiviert wurden auch die Bemühungen Österreichs um zusätzliche Rückführungsabkommen. Sie sind die Voraussetzung, um abgelehnte Asylwerber in ihre Heimat zurückzubringen. Derzeit hat Österreich bilaterale Abkommen mit 22 Staaten, davon betreffen allerdings 19 EU-Mitgliedsländer, die weiteren drei den Kosovo, Tunesien und Nigeria. Hinzu kommen 17 Rückübernahmeabkommen der EU (EU-RÜA) mit Einzelstaaten.

Innenministerin Mikl-Leitner lud gemeinsam mit Außenminister Kurz die Innen- und Außenminister von Albanien, Bosnien, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien zu einem Westbalkan-gipfel nach Wien. Er findet im Vorfeld des Rats der EU-Justiz- und Innenminister am 24. Februar unter dem Titel „Managing Migration Together“ statt.

Außenminister Kurz in Indien

Außenminister Sebastian Kurz trat am 15. Februar gemeinsam mit dem Präsidenten der Wirtschaftskammer, Christoph Leitl, dem Zweiten Nationalratspräsidenten Karlheinz Kopf und einer großen Wirtschaftsdelegation von über 50 heimischen Firmenvertretern eine Reise nach Indien an. Das Land ist die siebentgrößte Volkswirtschaft der Welt, wobei bereits über 500 österreichische Unternehmen in Indien tätig sind, davon 130 mit Niederlassungen. Minister Kurz eröffnete zunächst das österreichisch-indische Wirtschaftsforum. Anschließend fand ein Treffen mit seiner indischen Amtskollegin Sushma Swaraj statt, in dessen Rahmen u.a. Visaerleichterungen für Geschäftsleute erörtert wurden. Außerdem traf er mit der Ministerin für Frauen- und Kinderentwicklung, Maneka Gandhi, sowie mit dem Minister für erneuerbare Energie, Piyush Goyal, zusammen. Dabei unterstrich Kurz die wichtige Rolle, die Indien bei der Pariser Klimakonferenz gespielt hatte und begrüßte den indischen Aktionsplan.

Bundeskanzler Faymann in Rom

Im Vorfeld des regulären EU Gipfels traf Bundeskanzler Werner Faymann am 12. Februar

mit seinem italienischen Amtskollegen Matteo Renzi in Rom zusammen. Der italienische Premier hob Österreichs starken Einsatz bei der Flüchtlingsaufnahme hervor. In Italien seien weniger Asylanträge als in Österreich gestellt worden. „Es muss zu einer Strategie kommen, die das Schengen-Abkommen und die europäische Identität nicht infrage stellt“, so Renzi. Kanzler Faymann setzte bei seinem Besuch zudem Akzente auf die Arbeitsmarktpolitik. „Die EU braucht Regeln der Stabilität, dafür sind Reformen notwendig, die die Finanzierung sicherstellen können. Aber es muss auch die Regel geben, dass wir mehr Investitionen zulassen, um mehr Jobs zu schaffen. Das zeichnet uns als menschliches Europa aus, das nicht gleichgültig zusehen kann, dass 23 Millionen Menschen keine Arbeit haben“, erklärte Faymann bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Renzi. Faymann plädierte für eine offene Diskussion über Investitionsimpulse, die Wirtschaftswachstum und Beschäftigung fördern können. „Es darf uns nicht genügen, dass es einigen nach der Krise wieder gut geht. Wir sind nicht am Ziel. Ausnahmesituationen benötigen Sondermaßnahmen“, erklärte er.

Bundeskanzler Faymann am EU-Gipfel

Bundeskanzler Faymann begrüßte die grundsätzliche Einigung mit Großbritannien beim EU-Gipfel in Brüssel als „positiv“. „Es sind natürlich viele einen Schritt entgegengekommen, aber das zeigt: Die Europäische Union - wenn es darauf ankommt - ist auch in der Lage, zu Lösungen zu kommen.“ Dies sei keine Selbstverständlichkeit, so der Kanzler. Die Kritik der EU-Kommission an der österreichischen Einführung von Obergrenzen für Flüchtlinge wies Faymann zurück. Er habe stets eine europäische Lösung forciert, solange sich eine solche aber nicht abzeichne bedürfe es nationaler Maßnahmen als Übergangslösung.

Präsident Sri Lankas in Österreich

Obwohl Österreich und Sri Lanka seit rund 60 Jahren diplomatische Beziehungen unterhalten, besuchte erstmals am 19. Februar ein Staatsoberhaupt dieses Inselstaates Österreich. Bundespräsident Heinz Fischer empfing seinen Amtskollegen Maithripala Sirisena in der Hofburg, wobei die Handelsbeziehungen im Mittelpunkt der Unterredungen standen. Das Handelsvolumen zwischen den beiden Staaten beträgt derzeit 100 Mio. Euro; 2014 konnte es um 20% gesteigert werden. Dennoch, „es gibt Platz nach oben“, so Fischer nach den Gesprächen.

WIRTSCHAFT

Energiesparen in Betrieben zahlt sich aus

Im Rahmen der Umweltförderung im Inland wurden soeben insgesamt 354 Umweltprojekte mit einem Investitionsvolumen von rund 65 Mio. Euro genehmigt. Etwa 60 Prozent der positiv bewerteten Projekte betreffen die effiziente Energienutzung. Ein Vorzeigeprojekt für Energiesparen ist die Salinen AG. Durch Optimierungsmaßnahmen bei der Salzgewinnung werden 5.700 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart.

„Energiesparen in Betrieben zahlt sich aus – für die Betriebe selbst und für die Umwelt. Betriebliche Energiesparmaßnahmen bilden seit vielen Jahren die größte Gruppe an Projekten in der Umweltförderung. Die zahlreichen Projekteinreichungen zeigen das erfreuliche Interesse am betrieblichen Energiesparen in Österreich. Mit der Umweltförderung im Inland wollen wir solche Initiativen tatkräftig unterstützen“, betont Umweltminister Andrä Rupprechter.

Iran: Exportgarantien des Bundes wieder möglich

Das Bundesministerium für Finanzen (BMF) und die Österreichische Kontrollbank (OeKB) haben die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Absicherung von Exportgeschäften und Auslandsinvestitionen in den Iran geklärt. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Atomverhandlungen und der Aufhebung der Wirtschafts- und Finanzsanktionen am 16. Jänner 2016 stehen österreichischen Unternehmen die Instrumente des Exporthaftungsverfahrens wieder zur Verfügung. Für die heimische Exportwirtschaft war der Iran immer ein wichtiger Handelspartner. Mit der Bereitstellung von adäquaten Absicherungs- und Finanzierungsmöglichkeiten wird nun österreichischen Unternehmen die möglichst rasche Fortführung von bzw. der Wiedereinstieg in Geschäfte mit dem Iran ermöglicht.

Das Land bietet mit einer Bevölkerung von 80 Mio. Menschen ein enormes Potential. Als Folge der Sanktionen ist der Bedarf an Investitionen in die Infrastruktur groß. Mittelfristig wird mit einem jährlichen Wirtschaftswachstum von rund 4% gerechnet.

Christoph Badelt übernimmt Leitung des Wirtschaftsforschungsinstituts

Ab 1. September steht Christoph Badelt an der Spitze des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo). Der ehemalige Rektor der WU Wien wird damit Nachfolger von Karl Aiginger, der

das Institut seit 2005 leitet. Der Vorstandsbeschluss fiel einstimmig.

Christoph Badelt war 13 Jahre lang Direktor der Wirtschaftsuniversität. In seiner Forschungsarbeit setzte sich der Ökonom vor allem mit aktuellen Problemen im Sozialstaat auseinander. 1999 wurde er zum Wissenschaftler des Jahres gekürt.

Betriebsgründungen: Nur zwei EU-Länder billiger als Österreich

Laut einer von der EU-Kommission beim Centre for Strategy & Evaluation Services (CSES) beauftragten Erhebung liegt Österreich bei den durchschnittlichen Gebühren für Unternehmensgründungen an drittletzter Stelle. Nur Estland und Luxemburg sind billiger (weniger als hundert Euro), alle anderen EU-Länder verlangen zum Teil deutlich mehr. Die Gebühren für Genehmigungen variieren je nach Mitgliedstaat und Rechtsform zwischen null und 7.000 Euro.

Ermittelt wurden die Werte anhand der Gründungsprozeduren, die Unternehmen in fünf repräsentativen Branchen durchlaufen müssen. Groß ist die Bandbreite auch bei der Zeit, die das Zusammentragen von Betriebsgenehmigungen in Anspruch nimmt. In Litauen dauert es im Schnitt mehr als hundert Tage, in Spanien fast 90, in dem für seine Bürokratie legendären Deutschland weniger als 20 Tage. Österreich liegt hier mit rund 90 Tagen im Spitzfeld, was laut Studie nicht nur an der Effizienz und den Kapazitäten der (Gewerbe-)Behörden liegt, sondern auch an gesetzlichen Bestimmungen. Besonders streng sind die Auflagen im Gastgewerbe.

Zinsen für Bundesanleihen auf neuem Rekordtief

Die Republik Österreich hat derzeit keine Schwierigkeiten, Geld auf dem Anleihenmarkt aufzunehmen. Mit zwei Bundesanleihen wurden soeben fünf Milliarden Euro lukriert. Und das, obwohl so niedrige Zinsen geboten wurden wie noch nie: Die Renditen betragen 0,759 Prozent bei einer Laufzeit von 10,5 Jahren bzw. 1,503 Prozent bei 31 Jahren. Der Kupon von 0,75 Prozent ist der niedrigste für eine zehnjährige Bundesanleihe in der Geschichte der Republik Österreich.

Auffallend ist das große Interesse von Investoren aus Großbritannien, aber auch aus Deutschland und den Niederlanden. Für 2016 ist die Aufnahme von 27 bis 30 Milliarden Euro geplant. Der größte Teil des Geldes wird benötigt, um noch im Umlauf befindliche Schuldpapiere zu tilgen.

BILDUNG ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT**Strategieprozess „Zukunft Hochschule“**

„Wir wollen die Profilschärfung, die Sichtbarkeit und die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen weiter verbessern. Dazu müssen wir die Effizienz im gesamten System steigern und die Universitäten entlasten, um mehr Freiräume für Lehre und Forschung zu schaffen“, so Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner anlässlich des Starts des Strategieprozesses „Zukunft Hochschule“. Seit 2002 ist die Zahl der Studierenden allein an den öffentlichen Universitäten von 200.000 auf zuletzt 309.000 gestiegen (+54 Prozent). Während die 20 beliebtesten Studienfächer in Summe von 40.700 Studienanfängern (56 % aller Studienanfänger) gewählt werden, vereinen die 20 Fächer mit den wenigsten Studienanfängern gerade einmal 229 Studienanfänger. Zudem gibt es in Österreich derzeit 1.500 unterschiedliche Curricula (Bachelor- und Masterstudien) an Universitäten und Fachhochschulen, davon zahlreiche Fächer, die an mehreren Standorten angeboten werden.

Im Zuge des Prozesses „Zukunft Hochschule“ werden fünf Aktionsfelder behandelt: Abgleich des Studienangebots zwischen den Hochschulen und Weiterentwicklung des Fachhochschulsektors, Abstimmung von Forschung und Lehre im Bereich Life Science v.a. im Großraum Wien, Fokus Geistes-, Sozial- & Kulturwissenschaften, Fokus Informatik, Durchlässigkeit innerhalb und zwischen den Hochschulsektoren.

Der gemeinsame Diskussionsprozess zu Fächerabgleich und Durchlässigkeit wird im Laufe des Jahres 2017 abgeschlossen sein. Die Ergebnisse werden in einen umfassenden Maßnahmenkatalog münden, der Grundlage für die Leistungsvereinbarungsperiode 2019-2021 an den Universitäten sowie für den neuen Fachhochschulentwicklungs- und Finanzierungsplan sein wird.

Bildungsministerin: PISA-Ergebnisse bestätigen Konzept der Ganztagschule

Die vertiefenden Ergebnisse der PISA-Studie aus dem Jahr 2012 zeigen, dass das zweite verpflichtende Kindergartenjahr, die Einführung der Neuen Mittelschule und ganztägige Schulformen positive Effekte erzielen, erläutert Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek: „Meine Forderung nach einer gemeinsamen Schule hat positive Auswirkungen auf die Leistungen der SchülerInnen. Eine Durchmischung der SchülerInnen hat sowohl bei leistungsschwächeren als auch bei leistungs-

starken SchülerInnen positive Effekte. Das zweite Kindergartenjahr trägt wesentlich zu einer frühen Förderung bei.“

Erfreulich sind die Ergebnisse über das berufsbildende System in Österreich, das eine hohe Attraktivität für SchülerInnen hat. Der Stadt-Land-Unterschied ist sehr gering ausgeprägt. Die gute Flächenversorgung und die Schule der Zukunft werden die regionale Zusammenarbeit noch stärker fördern.

Österreichischer Energieforscher erhält Ehrung von US-Präsident Obama

Der österreichische Energieforscher Michael Stadler wird durch US-Präsident Barack Obama mit der höchsten Auszeichnung für Nachwuchswissenschaftler der US-Regierung geehrt. Stadler, der an den Berkeley Labs im US-Bundesstaat Kalifornien an intelligenten Stromnetzen forscht, erhält als einer von heuer 105 Wissenschaftlern den „Presidential Early Career Awards for Scientists and Engineers“. Hervorgehoben wurde die Bedeutung der ausgezeichneten Wissenschaftler in den Frühphasen ihrer Karriere bei den Anstrengungen zur Bewältigung von Herausforderungen wie dem Klimawandel.

Startschuss für Online-Konsultation für die „Digital Roadmap Austria“

Für die Erstellung und Koordination des Regierungsprojekts Digital Roadmap wurden zu Beginn 2015 die beiden Staatssekretäre Sonja Steßl und Harald Mahrer beauftragt. Der Prozess wurde mit der Etablierung eines Koordinationsteams und der Einbindung aller Bundesministerien, Gebietskörperschaften sowie der Sozialpartner gestartet und gemeinsam mit über 100 Fachleuten im Rahmen von mehr als 50 Sitzungen von eigens konstituierten Arbeitsgruppen weiter ausgearbeitet. Das dabei entstandene Diskussionspapier zur Digital Roadmap liegt nun vor.

Mit einer Online-Konsultation beginnt nun eine Phase der intensiven Beteiligung, bei der bis Mitte März alle Menschen an der Entwicklung einer strategischen Ausrichtung der Republik auf der Homepage www.digitalroadmap.at mitarbeiten können. „Noch nie wurde ein so umfassendes strategisches Vorhaben in einem offenen, für alle Bevölkerungsgruppen zugänglichen Prozess umgesetzt“, bekräftigt Staatssekretärin Sonja Steßl.

Bis Jahresende 2016 soll der Beschluss der Bundesregierung erfolgen und ab 2017 laufend weiterentwickelt und an die Anforderungen der Zukunft angepasst werden.

KULTUR**Graz: Filmfestival Diagonale 2016**

Das österreichische Filmfestival Diagonale unter den neuen Intendanten Sebastian Höglinger und Peter Schernhuber findet heuer von 8. bis 13. März statt. Eröffnet wird es mit „Maikäfer flieg“, Mirjam Ungers Film über eine Kindheit im Nachkriegs-Wien nach dem autobiografischen Roman von Christine Nöstlinger. Erni Mangold wird zur Eröffnung mit dem Schauspielpreis ausgezeichnet. Die 89-jährige Künstlerin, die ihre Karriere am Theater in der Josefstadt begann und bis dato in über 80 Fernseh- und Kinofilmen wirkte, will die Auszeichnung bei der Gala am 8. März in der Grazer Helmut-List-Halle persönlich entgegennehmen.

2016 gibt es neue Programmschienen: „Zur Person“ würdigt markante Personen des österreichischen Filmschaffens auch abseits der Regie. Den Beginn macht die Produzentin Gabriele Kranzelbinder, von der neben dem Eröffnungsfilm auch Werke wie „Universallove“ oder „Crash Test Dummies“ gezeigt werden. Die Festivalschiene „In Referenz“ möchte das österreichische Kino mit ausgewählten internationalen Positionen in Dialog treten lassen. In diesem Zusammenhang ist auch das Austria Film Meeting zu sehen, wo zwei international erfolgreiche Filme - „Un amour d'été/A summer love“ und „Gayby Baby“ - erstmals in Österreich gezeigt werden. Zudem wird das Festival auf verschiedene Treffpunkte wie Lokale oder Hotels rund um das Kunsthaus ausgeweitet, was einen regen Austausch ermöglicht. Das Logo erfuhr eine Auffrischung und zeigt nun ein „D“ auf rot-weißen Linien.

Graz: Universalmuseum Joanneum wird 2016 tierisch

Mit 24 Ausstellungen an zehn Standorten, darunter eine große Schau mit Werken der bedeutenden Tiermalerin Norbertine Bresslern-Roth in der Neuen Galerie im Herbst, zeigt das steirische Universalmuseum Joanneum unter Direktor Wolfgang Muchitsch 2016 ein vielfältiges Ausstellungsprogramm mit den Schwerpunkten „Tier“ und „Wissensprodukte“. Das Thema „Tier“ findet sich in einem Projekt rund um den Wolf im Jagdmuseum Stainz sowie in „Wundertiere. 1 Horn und 100 Augen“, ein Projekt mit Fabelwesen von Kindern für Kinder im Schloss Eggenberg, während man im Naturkundemuseum „Kröten, Schlangen & Co“ in den Gärten nachspüren kann. Etwas blutiger wird es, wenn im Archäologiemuseum

das Töten von Tieren zu Kultzwecken untersucht wird.

Das Bruseum zeigt einerseits die Auseinandersetzung von Günter Brus mit dem West-Berlin der 70er-Jahre, andererseits eine Schau mit Zeichnungen des Schriftstellers Victor Hugo. „Im Bett. Episoden einer Zuflucht“ nennt sich die Ausstellung im Volkskundemuseum, während man sich im Museum im Palais mehr der „Produktion der Dinge“ widmet. Dabei wird an 30 Stücken der Sammlung der Weg vom Ausgangsmaterial bis zum fertigen Produkt gezeigt. Das Kunsthaus bringt unter dem Titel „Musik zähmt die Bestie“ Zeichnungen von Constatin Luser. Eine weitere Schau ist den Papierarbeiten des Amerikaners Terry Winters gewidmet, weiters stehen Werke von Alina Szapocznikow, Katerina Vincourova und Camille Henrot auf dem Jahresprogramm. Die Neue Galerie zeigt u.a. 47 Exponate, die ihr aus der Sammlung Ploner vererbt worden sind und hier erstmals zu sehen sein werden.

Frühling in der Albertina

2016 stehen in der Albertina drei Großausstellungen auf dem Programm, die sich den russischen Avantgarden widmen. Das Publikum kann sich bereits auf die am 26. Februar startende Schau „Chagall bis Malewitsch“ freuen, die die russische Avantgarde aus der Anfangsphase der Revolution beleuchtet, wobei man sich mit 140 Werken von Künstlern wie Kasimir Malewitsch, Wassily Kandinsky oder Marc Chagall auf die abstrakte Malerei und deren Pluralismus zwischen Primitivismus, Kubo-Futurismus oder Suprematismus konzentriert. Der russischen Avantgarde folgt von 18. März bis 19. Juni eine Retrospektive mit 30 monumentalen Holzschnitten von Anselm Kiefer, der 1974 mit dieser Technik begann und dabei sowohl deutsche Geschichte als auch große Weltthemen verarbeitet.

Auf dem Gebiet der Fotografie präsentiert die Albertina bis 8. Mai mit der Schau „Fotografie in Japan zwischen Protest und Performance“ die japanischen Avantgardegruppe Provoke, die auf das gleichnamige Fotomagazin zurückgeht und erstmals in einer Ausstellung gewürdigt wird. Ende Mai wird hauseigenen „Black & White“-Schau fortgesetzt.

In den Tietze-Galleries finden sich noch bis 28. März die Werke Hans Robert Pippals, der sich seiner Heimatstadt Wien und ihrer Atmosphäre widmete. Sie stammen aus einer Schenkung der Tochter des 1998 verstorbenen Künstlers. Am 8. April folgt das Schaffen von Erwin Bohatsch in einer Personale, die neueste Werke und wichtige Positionen der vergange-

nen Jahrzehnte vereint. Im Juni wird das Oeuvre des Pop-Art-Künstlers Jim Dine in Form von 100 Selbstporträts aus einer Schenkung des Künstlers präsentiert.

„Vertriebene und Verbliebene erzählen“ im Volkskundemuseum Wien

Die Ausstellung „Vertriebene und Verbliebene erzählen. Tschechoslowakei 1937-1948“ wird bis 10. April zeitgleich im Österreichischen Museum für Volkskunde in Wien, in Prag, sowie in Bratislava gezeigt. In diesem „Mittel-europäischen Geschichtsprojekt“, das mit den Partnern Antikomplex (Prag) und Antikomplex.sk (Banska Bystrica) erarbeitet wurde, berichten 37 Zeitzeugen aus Österreich, Tschechien und der Slowakei über schmerzhaft Erinnerungen ihrer Kindheit – an die NS-Zeit bzw. die anschließende Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung. Es wurde nach einer Startfinanzierung durch den Zukunftsfonds der Republik Österreich vor allem von der EU-Kommission gefördert, so Kurator Georg Traska. Alles Material wurde von den Partnern in den drei Ländern friktionsfrei gemeinsam erarbeitet: „Die Grundintention war eine gemeinsame Erzählung zu diesem historischen Abschnitt.“ Die Auswahl sei über persönliche Netzwerke und nicht über Vertriebenenverbände erfolgt, um auf möglichst „frische“ individuelle und nicht von kollektiven Narrativen überschriebene Erfahrungen zu stoßen. In der Oral History teilten viele der Interviewpartner erstmals ihre Erinnerungen mit der Öffentlichkeit. Die Interviews können im Rahmen einer Videoinstallation mit 15 thematischen Stationen verfolgt werden. Im Rahmenprogramm finden moderierte Gespräche mit einigen der interviewten Zeitzeugen statt.

Volkstheater verzichtet auf Uraufführung von Amirs „Homohalal“

Die letzte Premiere des Volkstheaters für die laufende Saison hätte die Inszenierung von „Homohalal“ von Ibrahim Amir am 22. April sein sollen. Auf die Uraufführung des 2013 entstandenen Stücks wurde zugunsten von Neil Simons „Brooklyn Memoiren“ verzichtet. Als Grund führt das Theater an, dass der öffentliche Diskurs derzeit von Angst und Hass geprägt sei und eine (wenngleich vielschichtige und komische) Dystopie, also ein pessimistisches Zukunftsbild, daher kein geeignetes Mittel zur Auseinandersetzung um die Zukunft schutzsuchender Menschen darstelle. Mit seiner im Hamakom-Theater Nestroyhof aufgeführten Komödie „Habe die Ehre“ über das

heikle Thema Ehrenmord hatte der in Wien lebende syrische Kurde Ibrahim Amir (*1984 in Aleppo) 2013 großen Erfolg. In „Homohalal“ begegnen sich die Aktivisten des „Refugee Protest Camp“ vor der Votivkirche 2033 wieder und ziehen eine vom Autor und Arzt Amir kritisch gezeichnete Bilanz.

Protestsongcontest 2016

Am 12. Februar fand zum dreizehnten Mal der Protestsongcontest im Wiener Rabenhof Theater statt, eine Veranstaltung, die 2004 zum 70. Jahrestag der Februarunruhen des Jahres 1934 ins Leben gerufen wurde. Die deutsche Liedermacherin Sarah Lesch konnte sich mit ihrem Song „Testament“, der gegen das aktuelle Schulsystem gerichtet ist, als „herausragende Poetin“ durchsetzen. Platz zwei ging an Barefoot Basement meets Tombo mit „Right Neider“, Platz drei an Holawind mit „Oh Johanna“.

Deutscher Kleinkunstpreis: Science Busters und Thomas Maurer geehrt

Am 14. Februar wurde in Mainz der Deutsche Kleinkunstpreis verliehen. Dabei stellte Österreich mit den Science Busters in der Sparte Kleinkunst und Thomas Maurer in der Kategorie Kabarett zwei von fünf Preisträgern. Die Musikkabarettistin Martina Schwarzmann gewann die Kategorie Chanson/Lied/Musik, den Förderpreis der Stadt Mainz erhielt das Duo Simon & Jan. Der 60-jährige Komiker Helge Schneider wurde mit dem Ehrenpreis des Landes Rheinland-Pfalz ausgezeichnet. Die neue Staffel der „Science Busters“ startet am 12. April in ORF Eins, das aktuelle Programm von Thomas Maurer, „Der Tolerator“, wird im ORF im Rahmen des „Sommerkabarets“ zu sehen sein.

Veranstaltungshinweise

Das bereits zur Institution gewordene Internationale Akkordeonfestival eröffnete heuer im Zeichen der Steiermark am 20. Februar seine Konzertreihe für Liebhaber des Akkordeons, die noch bis 21. März besucht werden kann.

Das New Sound Festival in der Wiener Ottakringer Brauerei geht mit vielen Newcomern am 27. Februar in die zweite Runde.

Erstmals präsentiert das Bank Austria Kunstforum Wien von 24.2. bis 19.6. eine große „Balthus“ Retrospektive.

Das Kunsthistorische Museum lädt am 5. März zu den Sonderführungen „ÜberLebensKünstlerInnen“ zugunsten der Hilfsorganisation CARE Österreich. Anlass ist der Frauentag am 8. März.

UMWELT ■ NACHHALTIGKEIT ■ TOURISMUS

Wifo-Studie stellt „umweltschädliche“ Förderungen fest

Das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) untersuchte die in Österreich jährlich vergebenen Subventionen im Hinblick auf ihre Umweltwirksamkeit. Es handelt sich dabei um steuerliche Begünstigungen – direkte Subventionen spielen kaum eine Rolle. Die am 17. Februar präsentierte Studie kam dabei zu dem Schluss, dass rund 3,8 bis 4,7 Mrd. Euro an Förderungen pro Jahr kontraproduktiv für die Umwelt sind. Davon entfällt rund die Hälfte auf den Verkehr, mehr als ein Drittel auf Energie und ein Zehntel auf das Wohnen, 40% der Subventionen kommen Privathaushalten, 60% Unternehmen zugute. Das Wifo hält eine Reform für geboten, zumindest was jene knapp zwei Drittel betrifft, die national änderbar seien und nicht auf EU-Regelungen oder völkerrechtlichen Verträgen beruhen.

An erster Stelle nennt die Studie die Diesel-Begünstigung (640 Mio. Euro im Schnitt), gefolgt von der Pendlerpauschale (inkl. Pendlereuro 560 Mio.). Die Energieabgabenvergütung für die energieintensive Industrie betrug im Schnitt 450 Mio., die Wohnbauförderung 275 Mio. Euro. An international regulierten Summen nennt die Studie u. a. das Herstellerprivileg für Produzenten von Energieerzeugnissen (535 Mio.) und die Kerosin-Befreiung von der Mineralölsteuer (MÖSt) (330 Mio.). Nach Sektoren entfällt der Löwenanteil mit 1,4 bis 1,7 Mrd. Euro auf Energieerzeugung und -verbrauch (z. B. Energiesteuerbefreiung der Stromerzeugung, Energieabgabenverfügung für die Industrie, Gratiszuteilungen von zuletzt 100 Mio. Euro im EU Emissionshandelssystem), auf den (Straßen-)Verkehr 2,0 bis 2,2 Mrd. Euro p.a. (Steuerbegünstigung bei Diesel, Pendlerförderung, pauschale Dienstwagenbesteuerung, Mwst-Befreiung des internationalen Flugverkehrs) und aufs Wohnen 390 -790 Mio. Die genannten Fördermaßnahmen dienen häufig sozial- oder wirtschaftspolitischen - Zielen und brächten dabei nicht intendierte Nebenefekte auf die Umwelt mit sich.

ESA schickte dritten Umwelt-Wächter ins All

Im Rahmen des europäischen Erdbeobachtungsprogramms „Copernicus“ startete am 16. Februar der Satellit „Sentinel-3A“ ins All. Der Satellit wird mit einer Reihe von Instrumenten systematisch Ozeane einschließlich der Temperatur, Farbe und Höhe der Meeresober-

flächen, Land- und Eisflächen sowie die Dicke von Meereis vermessen und damit wertvolle Daten wie Veränderungen des Meeresspiegels, Meeresverschmutzung und biologische Produktivität für die Umwelt- und Klimaforschung bereitstellen. Aus der Beobachtung der Landfläche können aber auch Aussagen über die Landnutzung, den Zustand der Vegetation oder die Pegelstände von Flüssen und Seen getroffen oder Flächenbrände überwacht werden können.

Der Satellit wurde von einem Konsortium aus rund 100 Unternehmen unter der Federführung von Thales Alenia Space aus Frankreich entworfen und gebaut. Mit an Bord befindet sich auch Technik aus Österreich: Von RUAG Space Österreich, der größten heimischen Firma im Bereich Weltraumtechnik, stammen – wie schon für Sentinel-2A – die GPS-Navigationsempfänger zur genauen Positionierung des Satelliten im All, die Schnittstellenelektronik für den Zentralcomputer und das gesamte Thermalsystem für einen geregelten Temperaturhaushalt des Satelliten. Zudem lieferte RUAG Space Österreich das Hochfrequenz-Testsystem des Höhenmessradars und Siemens Österreich Softwaretestgeräte. Zahlreiche österreichische Unternehmen und Forschungseinrichtungen nutzen bereits die Sentinel-Daten. www.esa.int/Sentinel-3

Österreich beansprucht Ungarns AKW- Pläne wegen staatlicher Beihilfe

Mit einem offiziellen Schreiben an die EU-Kommission hat Österreich die staatlichen Beihilfen zum Ausbau der ungarischen Atomkraftanlagen in Paks beansprucht. In der Stellungnahme der Republik vertritt Wirtschafts- und Energieminister Reinhold Mitterlehner die Ansicht, bei der Finanzierung der Erweiterung der AKW-Anlage Paks handle es sich um eine unzulässige staatliche Beihilfe gemäß Art. 107 Abs. 1 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union). „Kernkraft ist weder eine nachhaltige Form der Energieversorgung, noch eine tragfähige Option zur Bekämpfung des Klimawandels“. Österreich halte wie schon im Fall des britischen Kernkraftwerkes Hinkley Point C die Argumentation aufrecht, „dass die Errichtung und der Betrieb von Kernkraftwerken (KKW) unter Berücksichtigung aller Kosten, die gemäß dem Verursacherprinzip internalisiert werden müssen, unrentabel sind.“ Die EU bemängelte bereits, dass Ungarn dem russischen Atomkonzern Rosatom den Auftrag für den Bau zweier neuer Blöcke ohne transparentes Verfahren erteilt hatte.